

Ungeregelte Verhältnisse

Prostitution. Auf dem Markt für käufliche Liebe sind nur Kunden und Bordellbetreiber König, denn Sexarbeit ist in Österreich weiter besonders stigmatisiert und prekär.

Von Marianne Enigl

Das Geschäft scheint lohnend. Und so hat das in Stylekitsch schwelgende Nobelbordell „Babylon“ in Salzburg – Preis für eine halbe Zimmerstunde plus „Mädchen-Unterhaltungsentgelt“ offiziell 320 Euro – Konkurrenz bekommen. In unmittelbarer Nachbarschaft am Walsertal öffnete vor Kurzem ein deutscher Betreiber das Etablissement „FKK Mystic“. Krisenbedingt wandern inzwischen auch Sexdienstleisterinnen aus Hamburg und Frankfurt ins Salzburgerische zu.

Auf dem einschlägigen Markt sind hierzulande Unternehmer, Kunden und selbst Zuhälter, die wegen der zunehmenden Kontaktabahnung via Internet an Bedeutung verlieren, noch König. Sexdienstleisterinnen dagegen können verweigertes Honorar nicht einklagen, denn Sexarbeit gilt laut höchstgerichtlicher Judikatur als „sittenwidrig“, was jede rechtliche Regelung nichtig und daher unmöglich macht. Damit ist Österreich eines jener Länder, in denen das angeblich älteste Gewerbe der Welt wohl besteuert, aber ein Arbeitsbereich ohne Mindestrecht ist – das entsprechende Urteil des Obersten Gerichtshofs stammt aus dem Jahr 1989. In Deutschland hat die Rot-Grün-Regierung die Beseitigung des rechtspolitischen Verdikts der Sittenwidrigkeit 2001 in die Wege geleitet: In einem knappen Gesetz bekamen Prostituierte die Voraussetzung, Entgelt als „rechtswirksame Forderung“ rechtlich durchzusetzen, und ihr möglicher Zugang zur Sozialversicherung wurde explizit festgeschrieben. In der Begründung hieß es, Prostitution sollte kein Beruf wie jeder andere sein, aber „bestehendes Unrecht aufgehoben“ werden. Sexdienstleisterinnen werden von der deutschen Gewerkschaft ver.di vertreten.

Ähnliche Vorschläge liegen auch dem österreichischen Ministerrat vor. Und das schon seit Juni 2008. Der „Maßnahmenkatalog für eine arbeits- und sozialrechtliche Absicherung von

Zahlen und Fakten

Sexdienstleistung

Aus einem internen Innenministeriums-Bericht über den „Sexmarkt in Österreich“.

Ende 2007 waren gesamt **5150** Sexdienstleisterinnen offiziell registriert. Die meisten von ihnen in Wien (**1500**) und der Steiermark (**1200**), rund halb so viele in den Bundesländern Oberösterreich (**700**), Niederösterreich (**600**) und Salzburg (**500**). Es folgten Kärnten (**260**), das Burgenland (**180**) und Tirol (**160**), Vorarlberg hatte mit **50** die wenigsten. In Wien hat sich die Zahl der so genannten Kontrollprostituierten in den vergangenen beiden Jahrzehnten verdoppelt. Die Dunkelziffern liegen weit höher. In der Bundeshauptstadt dürften **6000 bis 8000 Frauen ohne Registrierung** zumindest zeitweise der Prostitution nachgehen. Die Zahlen sind einem vom Innenministerium erstellten „Lagebericht zur Beurteilung des Sexmarktes“ in Österreich entnommen, er enthält keine Angaben zu männlichen Sexanbietern.

Knapp 90 Prozent der offiziell angemeldeten Sexdienstleisterinnen sind **ausländischer Herkunft**.

Bundesweit waren mit Jahresende 2007 **710 Bordelle** genehmigt. Knapp die Hälfte von ihnen (**309**) bestanden in Wien. Die Steiermark hatte damals **130**, Oberösterreich **103**, Niederösterreich **50**, Salzburg **43**, das Burgenland **36**, Kärnten **31** und Tirol **sieben** zugelassene Bordelle. In **Vorarlberg** ist bis heute **kein Bordell genehmigt**, damit ist Prostitution dort registrierten de facto verboten. Denn in Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg ist sexuelle Dienstleistung nur in genehmigten Bordellen erlaubt.

Laut Verfassung ist Prostitution als Teil der Sittlichkeitspolizei **gesetzlich von den Ländern zu regeln**. Für Bordellgenehmigungen sind die Gemeinden zuständig. Prostituierte müssen sich (außer in Nieder- und Oberösterreich) polizeilich **registrieren lassen**.

In ganz Österreich ist eine wöchentliche Untersuchung von Amtsärzten auf Geschlechtskrankheiten vorgeschrieben, sie stellen die Kontrollkarte („Deckel“) aus. **Verwaltungsstrafen** für Sexdienstleisterinnen reichen von **1000 Euro** (Wien) bis zu **10.000 Euro** (Salzburg). Professionelle Beratung für sie bieten LENA und MAIZ in Linz, LEFÖ und SOPHIE in Wien, SXA in Graz sowie seit Kurzem eine professionelle Stelle in Salzburg.

Personen, die in der Prostitution arbeiten“, wurde von einem ansehnlichen Expertenkreis erarbeitet. Vertreter waren von Wirtschafts- und Arbeiterkammer bis zu befassten Ministerien, den Ländern, Polizei und Beratungsstellen alle einschlägig befassten. Es herrschte Einigkeit, dass „der Markt weder erleichtert noch ausgedehnt werden soll“, aber „Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der sozialen Absicherung“ notwendig sind. Wörtlich hieß es: „Der Sexmarkt wird insbesondere für Frauen als besonders prekär erachtet.“ Ihr Schutz vor Ausbeutung müsse verstärkt und ihre Selbstbestimmtheit gefördert werden.

Öffentlich wurde das Projekt nicht vorgestellt, gesetzliche Folgen sind bisher ausgeblieben, mit den Ländern und zu Gesundheitsfragen wird weiter intensiv beraten. So ist unter anderem die alarmierende Tatsache bekannt geworden, dass Prostituierte auf die häufigste sexuell übertragbare Krankheit, die Chlamydieninfektion, nicht untersucht werden. Die Umstände, unter denen diese wöchentlichen Untersuchungen etwa in Wien ablaufen, sind jetzt Gegenstand harter Rüge des UN-Komitees gegen Folter. Es fordert Österreich in seinem Anfang Mai beschlossenen Bericht explizit auf, „Privatheit und Menschenwürde der untersuchten Frauen bestmöglich zu sichern“. Das UN-Komitee stützt sich auf breite Kritik, die vom Forum Sexworker übermittelt worden war. In dem Forum haben sich bisher mehr als viertausend Sexdienstleister (etwa zehn Prozent von ihnen sind Männer) organisiert. Sie schilderten, wie sie für die Pflichtkontrolle stundenlang anstehen müssen und der Befragung durch Voyeure und Zuhälter preisgegeben sind. Pro Stunde habe das überforderte Personal bis zu neunzig Prostituierte zu untersuchen, die häufig „wie Objekte behandelt werden“.

Für den internationalen Hurentag am 2. Juni sind Demonstrationen gegen Doppelmoral und politische Stagnation in Österreich angesagt. ■